

R. Exner
Striehlstr. 3
30159 Hannover

post@positive-botschaften.de

im Januar 2020

Herrn Bundespräsident
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

herzlichen Dank für Ihre Weihnachtsansprache Ende vergangenen Jahres, in der Sie einmal mehr für eine lebendige Demokratie geworben haben. Unter anderem sagten Sie:

„Wir brauchen die Demokratie – aber ich glaube: derzeit braucht die Demokratie vor allem uns! ... Was die Demokratie braucht, sind selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger – mit Zuversicht und Tatkraft, mit Vernunft, Anstand und Solidarität.“

Das ist auch unsere Auffassung. Doch wie passt dieser Appell damit zusammen, dass vermehrt Organisationen der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt wurde? Und zwar solchen Vereinen und Verbänden, in denen sich Menschen explizit für die Demokratie engagieren, Menschen, die sich für eine offene und vielgestaltige Zivilgesellschaft einsetzen, die gegen Faschismus und Antisemitismus eintreten.

Sie, verehrter Herr Dr. Steinmeier, bestärken uns darin, in diesen Tagen alles zu tun für eine solidarische Zivilgesellschaft. Deshalb haben wir die Bitte an Sie, treten Sie dafür ein,

- dass das Thema Gemeinnützigkeit über das Steuerrecht hinaus diskutiert und definiert wird,
- dass ein zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht formuliert wird, das Organisationen stärkt, die die Entwicklung in Deutschland positiv, zuweilen kritisch mitgestalten,
- dass ein demokratisches Korrektiv mit Tatkraft, Vernunft und Herz gefördert wird.

Bitte verwenden Sie Ihren Einfluss darauf, dass Organisationen gleichberechtigt mit Parteien an der politischen Meinungs- und Willensbildung mitwirken können. Denn die *„selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger – mit Zuversicht und Tatkraft, mit Vernunft, Anstand und Solidarität“*, die Sie in Ihrer Ansprache adressieren, sie lassen sich nicht allein durch Appelle aktivieren. Um diesen Mut und dieses (politische) Bewusstsein dauerhaft zu zeigen, braucht es neben Herzensbildung auch eine entsprechende (politische) Bildung und Aufklärung, die die Organisationen ebenfalls leisten.

Eine Monopolstellung der Parteien bei der politischen Willensbildung ist trotz des Parteienprivilegs nicht im Sinne eines gleichberechtigten demokratischen Diskurses. Dementsprechend sehen wir es als Widerspruch, dass Spenden an Parteien absetzungsfähig sind, selbst wenn diese antidemokratische Ziele verfolgen, auf der anderen Seite aber Verbände, die für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten, ihre Gemeinnützigkeit verlieren und damit nicht nur steuerlich, sondern auch organisatorisch benachteiligt werden.

„Und deshalb weiß ich, dass wir gemeinsam die Dinge immer wieder zum Besseren wenden“, sagten Sie am Schluss Ihrer Rede. Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier, gerne teilen wir Ihren Optimismus und das noch einmal mehr, wenn Sie in der oben dargestellten Angelegenheit aktiv werden.

Wir freuen uns über Ihren Einsatz für das „Bessere“ auch im Jahr 2020, wünschen Ihnen dabei allen Erfolg und danken Ihnen herzlich!

R. Exner – Initiator des Briefes und des Projektes www.positive-botschaften.de, Hannover

Und 38 Mitzeichnende aus dem privaten und beruflichen Umfeld des Initiators